

Stellungnahme der Juso-Hochschulgruppe zur Aufstellung einer eigenen Liste bei den nächsten Senatswahlen

In der letzten Woche hat sich die Juso-Hochschulgruppe entschieden, nicht auf einer gemeinsamen Liste der Verfassten Studierendenschaft für die Senatswahl zu kandidieren, sondern eine eigene Liste aufzustellen. Diese Entscheidung haben wir weder schnell noch unüberlegt getroffen. Ihr ging ein mehrwöchiger Diskussionsprozess innerhalb der HSG voraus. Wir möchten dem Studierendenrat darlegen, welche Argumente schließlich für uns ausschlaggebend waren.

Wahlmöglichkeiten offenhalten

Die gemeinsame Liste würde die Wahlmöglichkeiten der Studierenden so stark einschränken, dass es keine Alternative gäbe. Dies kann zu einer weiteren Entpolitisierung führen und damit die Wahlbeteiligung erneut absinken lassen. Ein solcher zunehmender Verlust an Legitimation aller studentischen Senatsmitglieder ließe ihr politisches Gewicht weiter schrumpfen.

Wahlrecht der Initiativen

Für die Wahl der Initiativen im Studierendenrat gilt das Adams-Verfahren. Wir halten dies für undemokratisch, da es die Mehrheitsverhältnisse nicht abbildet und dafür sorgt, dass Stimmen mancher Wähler*innen einen signifikant geringeren Wert haben als andere. Bevor das Wahlrecht bezüglich der Initiativen nicht geändert und der Studierendenrat auf eine demokratischere Basis gesetzt wird, sehen wir keine Möglichkeit auf einer gemeinsamen Liste zu kandidieren.

Imperatives Mandat des Studierendenrates

Eine Kandidatur auf einer der BVS-Listen würde außerdem bedeuten, dass sich dann auch unsere Vertreter*innen an das imperative Mandat des Studierendenrates halten müssten. Dies birgt eine unüberwindbare Hürde, sobald Beschlüsse des Studierendenrats nicht mit den Grundüberzeugungen der Vertreter*innen und/oder der Juso-Hochschulgruppe übereinstimmen. Vergangene Entscheidungen des Studierendenrates, wie der Verzicht auf eine geschlechterquotierte Redeliste oder der zum Glück gescheiterte Versuch, die Frauenquote zu umgehen, können wir als feministischer Richtungsverband nicht mittragen. Wir würden damit unsere Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Unterstützer*innen verlieren und grundlegende Werte, für die wir jahrelang gekämpft haben, leichtfertig über Bord werfen. Deshalb ist eine eigene Liste die bessere Möglichkeit, die Hochschulpolitik gemäß der Überzeugung unserer Wähler*innen zu gestalten.

Nach einer erfolgreichen Kandidatur wollen wir die derzeit sehr konstruktive Zusammenarbeit aller studentischen Vertreter*innen im Senat fortführen.